



PANTHER-SPUREN
Großkatze streift durch Ostbelgien

▶ Seite 6



ZAHLSTELLE
Kommt die Pkw-Maut oder kommt sie nicht?

▶ Seite 4



KLARTEXT
FC-Präsident Overath knöpft sich das Team vor

▶ Sport

Nummer 259

www.az-web.de

1,10 Euro

IM LOKALTEIL

▶ Platzverweis fürs Ordnungsamt

Aachen. Wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt müssen sich Mitarbeiter des Ordnungsamts derzeit vor Gericht verantworten. Einer von ihnen erhielt wegen des Vorfalls am Kaiserplatz von der Polizei einen Platzverweis. Ihm wurde sogar mit Verhaftung gedroht.

▶ Parteien analysieren Wahl in den Bezirken

▶ Diskussion mit Maffay und Laschet

WETTER



▶ Wetterkarte Bunte Seite

TELEGRAMME

Fußball aktuell

Europa League:
Bremen - Austria Wien 2:0
HSV - Celtic Glasgow 0:0
Heerenveen - Hertha BSC 2:3

Mehr Dokortitel für FH-Absolventen

Aachen. Noch sind sie eine kleine Minderheit: Ganze 500 von 25 000 Absolventen, die pro Jahr ihr Studium mit einem Dokortitel abschließen, stammen von einer Fachhochschule. Ihre Zahl wächst aber beständig und Technische Universitäten zeigen sich offener für FH-Kandidaten. So gibt es auch eine zunehmende Kooperation zwischen FH und RWTH Aachen. Die Doktorarbeit wird zwar noch von der Uni abgenommen – nur sie hat das Promotionsrecht – die Forschung selbst aber an der FH gemacht. (abt) ▶ Seite 5

Katholiken wählen ihre Pfarrgremien neu

Aachen. An diesem Wochenende sind rund 6,3 Millionen Katholiken in Nordrhein-Westfalen zu Pfarrgemeinderats- und Kirchenvorstandswahlen aufgerufen. (az) ▶ Die Seite drei

FAMILIENANZEIGEN

Heute auf Seite 7

KONTAKT

Aachener Zeitung
Postfach 500110, 52085 Aachen

Zeitungsverkauf/-zustellung:
Tel: 0180/1001400*
Fax: 0241/5101-790

Anzeigen-Annahme:
Tel: 0180/1001 200*
Fax: 0241/5101-790

*Rund um die Uhr 3,9 Cent je angefangener Minute; abweichende Preise für die Anrufe aus dem Mobilfunknetz möglich.

Redaktion:
Tel: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-360

Verlag:
Tel: 0241/5101-0 (Zentrale)

AZ im Internet:
www.az-web.de



Merkel macht ihrem Ärger über GM Luft

Anruf im Weißen Haus. Obama war nicht eingeweiht. Krisengipfel in Berlin. Zehntausende Opelaner protestieren.

VON ANDREAS HERHOLZ

Berlin. Am Abend dann der nächste Opel-Gipfel: Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP), Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) und die Ministerpräsidenten der Opel-Bundesländer suchen eine gemeinsame Krisenstrategie. Hart wolle man mit dem Opel-Mutterkonzern GM verhandeln, lautet

das Signal an die Beschäftigten und die Konzernchefs in Detroit. Alles stehe wieder auf Anfang, ruft Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) den Demonstranten in Rüsselsheim zu.

Dass GM jetzt einen Strich durch die deutschen Rettungspläne für Opel gemacht hat und den Tochterkonzern in Europa behalten will, sorgt für Empörung. Mo-

natelange Arbeit zerstört – jetzt heißt es erneut hoffen, bangen und warten. Zehntausende Opelaner protestieren, machen ihrem Ärger lautstark Luft. Das Zittern, die Ungewissheit gehen weiter.

Die Kanzlerin griff noch am Mittwochabend zum Telefonhörer, um im Weißen Haus ihren Unmut loszuwerden. Doch habe US-Präsident Barack Obama klar-

gestellt, dass er in die GM-Entscheidung „nicht eingebunden war“, berichtete Regierungssprecher Ulrich Wilhelm. Noch am Dienstag war Merkel in Washington gewesen und hatte auch ein Gespräch mit Obama geführt. Doch Opel habe dabei nicht auf der Tagesordnung gestanden. Merkel habe Obama erklärt, „dass die Bundesregierung darauf dringen werde,

dass GM schnellstmöglich eine neue Konzeption zu Opel vorlegt und der Brückenkredit bis Ende November zurückgezahlt wird“.

Deutsche Politiker attackieren derweil das GM-Management. Seltener sei er „so wütend und enttäuscht“ gewesen, das Verhalten von GM sei eine Zumutung, wertet Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU). ▶ **Wirtschaft**

Die „Job-Motoren“ laufen heiß bei der „2. Nacht der Unternehmen“



Krise hin oder her: Die „Job-Motoren“ sind gestern Abend in und um Aachen heiß gelaufen – und das nicht nur in den Aseag-Bussen, die Hunderte von Hochschulabsolventen oder angehenden Akademikern

aus den technischen Fakultäten vom dicht bevölkerten Aktionszentrum aus – der Agit am Europaplatz – durch die Stadt kutschierten. Bei der „2. Nacht der Unternehmen“ buhlten einmal mehr über 60 Techno-

gieunternehmen um die Gunst der potenziellen Mitarbeiter – und umgekehrt. In unserer Region öffneten rund 20 High-Tech-Firmen die Pforten, um ganz persönliche Einblicke in ihre Tätigkeitsfelder zu geben

– spätere Bewerbung keinesfalls ausgeschlossen. Foto: Andreas Steindl

▶ **Lokales**

Info Bildergalerie im Internet:
www.az-web.de

Raubkopierern droht ein Jahr Internet-Sperre

EU geht massiv gegen jeden vor, der im Datennetz Musik und Filme kauft. Details sind noch offen.

VON DETLEF DREWES

Brüssel. Wer Musik oder Filme illegal aus dem Internet herunterlädt, muss mit der Sperrung seines Zugangs zum Datennetz bis zu einem Jahr rechnen. Auf diese Formel haben sich die zeitweise völlig zerstrittenen EU-Gremien geeinigt. Deutschen Raubkopierern drohen bereits seit der Reform des Urheberrechts vor zwei Jahren empfindliche Strafen. Ob die Bun-

desregierung auch eine Internet-Sperre einführen wird, ist fraglich. Brüssel überlässt die Details den Mitgliedsstaaten.

Die Auswirkungen der Reform sind je nach Standpunkt völlig unklar. Während beispielsweise der Vorsitzende des gewichtigen Industrieausschusses im Europa-Parlament, Herbert Reul (CDU), betonte, man habe die „persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Privatsphäre sehr hoch ge-

wichtet“, gehen andere vom genauem Gegenteil aus. Tatsächlich muss ein Internet-Nutzer, der wegen Verstößen gegen das Urheberrecht aufgeflogen ist, zunächst zwei Mal abgemahnt werden. Erst dann dürfen die Strafverfolgungsbehörden die Sperrung des Datennetzes einleiten. Voraussetzung dafür soll ein richtiger Beschluss sein, hatten die Parlamentarier gefordert. Nun findet sich im Gesetzestext aber nur noch ein

Hinweis auf ein „gerechtes Verfahren“.

Trotzdem bedeutet die Neufassung eine Verbesserung für den Verbraucher. Ursprünglich hatte nämlich Frankreich von den europäischen Partnern gefordert, dass die Fahndungsbehörden die Internet-Verbindung einfach kapfen können, ohne dem Betroffenen eine Möglichkeit zu geben, sich mit Rechtsmitteln dagegen zu wehren.

Experte warnt: Junge Europäer mischen Drogen

Brüssel. Alkohol und Cannabis – und dazu eine Pille Ecstasy: Immer mehr junge Europäer nehmen nicht nur ein Rauschmittel, sondern gleich mehrere Drogen gleichzeitig. Das besagt der Jahresbericht der EU-Drogenbeobachtungsstelle. Solch „polyvalenter Drogenkonsum“ gilt als besonders gefährlich, weil er die Reaktion des Körpers auf die Giftstoffe noch verstärkt. Ganz legal und doch schädlich ist die häufigste Kombination: Zigaretten mit Alkohol. Es folgt der Mix von Cannabis und Alkohol, danach der „Giftcocktail“ Alkohol mit Cannabis sowie einer „harten Droge“ wie Ecstasy, LSD, Kokain oder Heroin. (dpa)

Steuereinnahmen brechen um 6,6 Prozent ein

Spielraum wird enger. Kommunen am stärksten betroffen. Finanzminister Schäuble im AZ-Interview.



Hält an Entlastungen fest: Finanzminister Wolfgang Schäuble. Foto: Imago/Metodi Popow

der Schätzung zufolge weniger Steuern. Gegenüber 2009 erwarten die Experten einen weiteren Rückgang um 2,4 Prozent.

Im kommenden Jahr wollen Union und FDP die Bürger um weitere sieben Milliarden Euro entlasten, nachdem die schwarzrote Vorgänger-Regierung bereits ein Entlastungsvolumen von 14 Milliarden beschlossen hatte. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hält trotz der Einbrüche an den versprochenen Entlastungen fest. Ungeachtet dessen will die CDU/

CSU die für 2010 vorgesehene Neuverschuldung von 86,1 Milliarden Euro nicht überschreiten.

Während die November-Schätzung noch schlechter ausfiel als die im Mai, liegt die Erwartung für 2010 leicht über der Mai-Schätzung. Verhältnismäßig am stärksten betroffen sind die Gemeinden. Sie nehmen mit 69,3 Milliarden Euro 10,0 Prozent weniger ein als 2008. Die Länder kommen auf 207 Milliarden Euro – 6,7 Prozent weniger. Die Steuerausfälle beim Bund belaufen sich 2009 auf 5,1 Prozent. Die Einnahmen liegen bei geschätzten 227 Milliarden Euro. (dpa) ▶ **Weitere Berichte und Kommentar Seite 4**